

Der Nato-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien

Nachtrag

Zwei Jahre nach dem Nato-Bombenkrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien erscheinen mir zwei Ereignisse besonders bemerkenswert: die Kommunalwahlen in Kosovo und der Sturz von Milosevic.

Ende Oktober 2000 fanden in Kosovo die Kommunalwahlen - die ersten freien Wahlen überhaupt - statt. Dabei ging Ibrahim Rugovas "Demokratische Liga" mit ca. 60 % der Wählerstimmen als klarer Sieger hervor. Dagegen erhielt die UCK weniger als 30 % der Stimmen. Rugovas Sieg war eine schallende Ohrfeige für die Nato und die Befürworter des Krieges. Der Westen hatte jahrelang seine sozial verankerte gewaltfreie Bewegung ignoriert und dagegen die militante UCK unterstützt. Zwei Jahre nach dem Krieg zeigt die UCK, einst politisch-militärischer Bündnispartner der Nato im Krieg gegen Jugoslawien, ihr Gesicht: sie ist für etliche Gräueltaten an den im Kosovo lebenden Minderheiten wie Serben und Roma verantwortlich, die nicht weniger schlimm sind als seinerzeit die serbischen Gräueltaten an den Albanern in Kosovo. Die UCK weist mafiose Strukturen auf, ist in allerlei illegale Geschäfte (Drogen- und Waffenhandel etc.) verstrickt und sorgt in Kosovo und inzwischen auch in Makedonien für neue Konflikte und für die Destabilisierung des gesamten Balkans. In Rambouillet saß im Frühjahr 1999 nicht etwa Rugovas Demokratische Liga am Verhandlungstisch, sondern die UCK-Führung, die mit ihrer Unterschrift auch letztlich das Alibi für den Angriffskrieg der Nato gegen Jugoslawien lieferte. Dieser Krieg war also nicht nur völkerrechtswidrig, er war vor allem nicht durch die angeblich zu schützenden Albaner legitimiert. Er stützte sich vielmehr auf die Unterschrift der Führung von militant-dubiosen albanischen Banden.

Während die für den Nato-Krieg verantwortlichen Regierungen es vorziehen, über die Nachkriegsereignisse in Kosovo zu schweigen, versuchen sie gleichzeitig den Sturz Milosevics und dessen Verhaftung propagandistisch als ihren Sieg und damit also als eine nachträgliche Legitimation ihres Krieges hinzustellen. In Wahrheit stand das System Miloservic bereits im Herbst 1998 kurz vor seinem Ende, die serbische

Opposition hatte große Chancen, Milosevic durch freie Wahlen abzulösen. Erst durch seine Gewalteskalation in Kosovo und durch den Angriffskrieg der Nato gelang es Miloservic, die serbische Opposition mit dem Vorwand der Vaterlandsverteidigung mundtot zu machen und das Ende seines Unrechtssystems hinauszuschieben. Umgekehrt resultierte der Sieg der serbischen Opposition und die weitere innerserbische Entwicklung nicht aus dem Bombenkrieg der Nato. Vielmehr hat das Versprechen von westlichen Wirtschaftshilfen das Milosevic-Lager gespalten und geschwächt und - wie wir in den ersten Apriltagen erlebt haben - letztlich zur Verhaftung von Milosevic geführt.

Schon ein winziger Bruchteil der auf ca. 100 Mrd. US-Dollar geschätzten Kriegskosten als Wirtschaftshilfe, gekoppelt an freie Wahlen, hätte schon 1998 die soziale und machtpolitische Grundlage des Milosevic-Systems weggebrochen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Gewalteskalation in Kosovo verhindert. Seit 10 Jahren forderten Pazifisten einen Marshall-Plan und andere Krieg vorbeugende Maßnahmen für den gesamten Balkan - vergebens. Nun gibt der Westen ihnen unbeabsichtigt nachträglich Recht, er liefert im Falle Jugoslawiens gerade den Beweis, daß Aggressoren durch Krieg gestärkt werden und daß es dagegen möglich ist, sie mit friedlichen Mitteln viel konsequenter in die Isolation zu treiben und ihnen das Handwerk zu legen. Auch im Falle Iraks wird diese Erfahrung bestätigt. Die Fortsetzung des Bombenkrieges festigt weiterhin die Position von Saddam Hussein.

Durch den propagandistischen Druck auf die serbische Regierung, Milosevic nunmehr umgehend dem Kriegsverbrechertribunal auszuliefern, lenkt der Westen vom Unrecht des eigenen Angriffskrieges ab. Eine Verurteilung von Milosevic durch das Haager Gericht soll für eine nachträgliche moralische Legitimation des Nato-Krieges instrumentalisiert werden. Ungeachtet dessen sollte Milosevic vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal für seine Taten Rechenschaft ablegen und verurteilt werden, aber nicht nur er. Auch die kroatischen Nationalisten und die albanischen Nationalisten der UCK müssen wegen ihrer Gräueltaten an den Serben in der Krajina und jetzt an der serbischen Minderheit in Kosovo vor das Gericht. Selbst die demokratisch legitimierten Regierungsverantwortlichen der Nato müssten vor das Kriegsverbrechertribunal, sofern für Aggression und Kriegsverbrechen hinreichend Indizien vorlägen. Die Menschenrechte sind eben unteilbar.